

# Integration und Segregation – ein Widerspruch?

Walter Siebel



Walter Siebel

### **Zusammenfassung:**

Moderne Gesellschaften verfügen prinzipiell über eine hohe Integrationsfähigkeit durch die offenen Systeme Markt, Demokratie, Recht und die städtische Lebensweise. Ein weiterer Mechanismus, um mögliche Konflikte zwischen verschiedenen sozialen Gruppen einzudämmen, ist die Segregation, allerdings ein sehr ambivalenter Den Schluss des Beitrages bilden einige Anforderungen an städtische Integrationspolitik.

Annähernd jeder fünfte Bewohner der Bundesrepublik ist zugewandert oder direkter Nachkomme von Zuwanderern. In Städten wie Stuttgart, Frankfurt und Nürnberg stellen Menschen mit Migrationshintergrund bereits zwischen 37 und 40% der Bevölkerung. Trotzdem hat es bisher keine schweren Konflikte gegeben. Man sollte deshalb nicht nur nach den Problemen der Integration fragen sondern auch danach, was eine Gesellschaft, noch dazu mit der jüngsten Vergangenheit der deutschen, dazu befähigt, so erstaunlich gelassen mit so viel Fremdheit umzugehen. Das Wissen um diese Mechanismen würde eine Integrationspolitik erleichtern, die die positiven Bedingungen gelingender Integration stärkt, also präventiv tätig wird, und nicht erst Probleme bekämpft, wenn sie eingetreten sind.

## I Bedingungen gelingender Integration

Die Mehrheit der Zuwanderer lebt in den westdeutschen Großstädten. Große Städte sind immer die Anlaufstellen für Migranten gewesen. Ihre Arbeitsmärkte bieten bessere Möglichkeiten auch für gering Qualifizierte, und ihre (Miet-) Wohnungsmärkte sind aufnahmefähiger als die von Kleinstädten und Dörfern. Die schiere Größe einer Stadt erleichtert auch die Bildung ethnischer Kolonien. Wenn 1% der Bevölkerung einer Ethnie angehören, so findet der neu Zugewanderte in einer Kleinstadt von 10.000 Ew Hundert Seinesgleichen, in einer

Arbeitsmärkte

ethnische Kolonien

Kettenwanderung

Millionenstadt aber Zehntausend, also eine kleine Stadt mit dem Einwanderer vertrauten Sitten, Einrichtungen und Menschen, wo seine Sprache verstanden wird, wo er Hilfen und Informationen erhält, kurz: wo der Schock der Fremde gemildert wird. Daraus erklärt sich das Phänomen der Kettenwanderung, wonach die Ziele der ersten Wanderungen auch die der nachfolgenden sind.

Aber das historische Versprechen der europäischen Stadt beinhaltet mehr als Wohlstand und einen Brückenkopf vertrauter Heimat in der Fremde. Stadtluft macht frei. Wer Bürger einer europäischen Stadt wurde, konnte sich aus politischen Beengungen befreien. In der großen Stadt sind auch die sozialen Kontrollen weniger dicht, sodass mehr Raum bleibt für differenzierte Lebensweisen. Große Städte erleichtern Individualisierung. Ohne diese Versprechen, als Städter ein ökonomisch, politisch und sozial weniger beengtes Leben führen zu können, gäbe es keine europäische Stadt, denn Städte entstehen, wachsen und erhalten sich durch Zuwanderung.

Viele Migranten sind in die Bundesrepublik gekommen, weil politische Verfolgung, Krieg und blanker Hunger sie aus ihrer Heimat vertrieben haben. Aber die meisten sind freiwillig hier. Ökonomische Hoffnungen stehen dabei im Vordergrund. Doch Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und persönliche Freiheiten sind Dreingaben, die nicht nur von jenen geschätzt werden, die Diktatur, Willkür und Diskriminierung am eigenen Leib erfahren mussten. Auch die sozialen und politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik dürften eine Rolle spielen, wenn Menschen bereit sind, die sozialen Verluste, die psychischen Belastungen, die Risiken und Mühen der Migration in ein fremdes Land auf sich zu nehmen. Und warum soll, was jahrhundertlang die Menschen bewegt hat, in die Städte zu ziehen, für die heutigen Zuwanderer nicht auch attraktiv sein? Kurz: was außer der haltlosen Annahme, die Masse der Zuwandernden seien religiöse Fundamentalisten, spricht eigentlich dagegen, dass die meisten Migranten, die her gekommen sind, um hier zu bleiben, sich auch in eben diese Gesellschaft integrieren wollen?

Integrationsfähigkeit  
der deutschen  
Gesellschaft

Und diese Gesellschaft – im Unterschied zu vormodernen Gesellschaften – ist strukturell fähig, sie zu integrieren. Die Integrationsfähigkeit der deutschen Gesellschaft gegenüber Zuwanderern beruht auf der Tatsache, dass moderne Gesellschaften vor aller Zuwanderung bereits mit dem Problem der Integration konfrontiert sind. Theorien moderner Gesellschaften beschreiben sozialen Wandel als einen Prozess fortschreitender Differenzierung. In diesem Prozess erzeugen moderne Gesellschaften aus sich heraus Fremdheiten, die denen, die durch Wanderungen importiert werden, gleich kommen können. An die Stelle der relativ überschaubaren Milieus von Proletariat, Bürgertum und Adel sind eine Fülle von Lebensstilen getreten – etwa in der Alternativszene, den ökonomischen Eliten, den verschiedenen jugendlichen Subkulturen und den Resten traditioneller schichtgebundener Milieus –, deren Angehörige einander mit mindestens ähnlicher Distanz begegnen dürften wie ein deutscher Industriearbeiter seinem türkischen Kollegen. Wenn aber in modernen Gesellschaften Fremdheit zur Normalität geworden ist, dann müssen moderne Gesellschaften auch vor aller Zuwanderung bereits Mechanismen zur Bewältigung von Fremdheit entwickelt haben.

Diese Mechanismen sind Markt, Demokratie, Recht und die städtische Lebensweise. Sie erlauben ökonomische und politische Integration und das Zusammenleben im Alltag, ohne dass Fremdheit zum Verschwinden gebracht werden müsste oder nur um den Preis der Marginalisierung aufrechterhalten werden könnte.

Markt, Demokratie,  
Recht und die  
städtische  
Lebensweise

Der Markt ist farbenblind. Hier zählt nur, ob jemand über Ressourcen verfügt, nach denen Nachfrage besteht. Das können Waren sein, Qualifikationen und Geld. Wer darüber verfügt, kann in das ökonomische System integriert werden, unabhängig von seiner Hautfarbe und seinen politischen Überzeugungen.

Spiegelbildlich erlaubt das demokratische System politische Teilhabe ohne ökonomische Vorbedingung, man muss auch nicht über die deutschen Bildungsgüter verfügen sondern allein über die politischen Bürgerrechte.

Auch Justitia ist blind. Sie entscheidet ohne Ansehen der Person. Gleichheit vor dem Gesetz ist das Funktionsprinzip des Rechtsstaats. Das Rechtssystem fungiert darüber hinaus durch Diskriminierungsverbote als Wächter der Neutralität der anderen Systeme.

Schließlich die urbane Lebensweise als die Voraussetzung für eine zwanglose und konfliktfreie Koexistenz von Fremden in der Stadt. Stadt kann definiert werden als Ort, an dem Fremde leben. Der Fremde ist der Prototyp des Stadtbewohners. Auf dem Dorf gibt es keine Fremden, im öffentlichen Raum der Stadt dagegen begegnet jeder, auch der Einheimische, dem anderen als ein Fremder. Die stadtypische physische Nähe des sozial Fremden ist eine Zumutung, die „eine leise Aversion, eine gegenseitige Fremdheit und Abstoßung“ mit sich bringt, die jederzeit bei „einer irgendwie veranlassten Berührung sogleich in Hass und Kampf umschlagen würde“ (Simmel 1957,197). Deshalb musste der Städter eine Lebensweise entwickeln, die dem Zusammenleben von Fremden auf engem Raum seine Konflikträchtigkeit nimmt. Simmel (1957, 196f) hat sie mit den Begriffen Reserviertheit, Blasiertheit, Gleichgültigkeit und Intellektualität umschrieben. Der Städter wappnet sich gegen die beunruhigenden Erfahrungen von Fremdheit, wie sie in der Stadt alltäglich sind, mit Distanz. Sofern überhaupt Kontakt aufgenommen wird, handelt es sich um ein hoch stilisiertes und auf einen engen Ausschnitt des eigenen Rollenspektrums beschränktes Verhalten. Typisch für Kontakte unter Städtern im öffentlichen Raum sind segmentierte, auf einen spezifischen Zweck hin eingeeengte Beziehungen, bei denen bewusst alle anderen Aspekte der Persönlichkeit, der eigenen wie der des Gegenübers, ausgeklammert bleiben. Das Modell dafür ist der Markt, auf dem man sich allein in der Rolle des Käufers und Verkäufers begegnet – ohne Ansehen der Person.

Der Fremde ist der  
Prototyp des  
Stadtbewohners

Kontakte unter  
Städtern

Die erste und wichtigste Bedingung gelingender Integration ist die Funktionsfähigkeit von Markt, Demokratie, Recht und Stadt. Würden sie entsprechend ihrer Funktionslogik funktionieren, wäre nicht mehr viel gesonderte Politik zur Integration von Zuwanderern nötig. Die beste Integrationspolitik wäre eine, die sicherstellen könnte, dass die zentralen Mechanismen dieser Gesellschaft so funktionieren, wie sie nach ihrer eigenen Logik funktionieren müssten, denn Diskriminierung widerspricht der Logik von Markt, Demokratie, Recht und Stadt. Alle diese Systeme funktionieren umso besser, je weniger sie

diskriminieren. Ein Markt, der potentielle Teilnehmer ausschließt und damit deren Ressourcen ungenutzt lässt, aus welchen Gründen auch immer, kann keine optimalen Ergebnisse erzielen. Ein Rechtssystem, das Arm und Reich nicht gleich behandelt, verliert seine Legitimität. Ein demokratisches System, in dem relevante Minderheiten dauerhaft vom politischen Prozess ferngehalten bleiben, wird erhebliche Konflikte produzieren.

Das Gleiche gilt für die Kultur der Stadt. Die urbanen Tugenden der Blasiertheit, Gleichgültigkeit, Distanziertheit und Intellektualität ermöglichen das dichte Zusammenleben von Fremden, ohne Fremdheit in Homogenität aufzuheben. Das aber ist Voraussetzung für die Produktivität einer städtischen Kultur, denn Stadtkultur ist eine Kultur der Differenz.

offene Systeme

Markt, Recht, Demokratie und Stadt sind prinzipiell offene Systeme, die eine Teilnahme ohne Ansehen der Person ermöglichen. Sie erlauben es modernen Gesellschaften, Fremdheit zu integrieren, ohne Differenz zu beseitigen, indem sie nie die ganze Person verlangen sondern immer nur einen kleinen Ausschnitt: Um als Maschinenbauer eingestellt zu werden, sind Parteipräferenzen unerheblich, umgekehrt muß man nicht Ingenieur sein, um wählen zu dürfen, und die Straßen der Stadt stehen jedem offen, gleich ob er zuhause den Koran liest oder atheistische Pamphlete, solange er nur die Codes des Verhaltens im öffentlichen Raum einhält. Die Leistung besteht dabei in mehr als in resignierter Toleranz, die die Tatsache der Fremdheit hinnimmt, im Gegenteil, die Kreativität der Stadt, die Legitimität von Politik und Recht sowie die Produktivität der Wirtschaft beruhen auf der Fähigkeit dieser Systeme, Integration bei zunehmender Differenz zu gewährleisten.

Es gibt also gute theoretische Gründe für grundsätzlichen Optimismus hinsichtlich der Integrationsabsichten der Zuwanderer und der Integrationsfähigkeit dieser Gesellschaft. Aber es sind theoretische Gründe. In der Wirklichkeit funktionieren die vier gesellschaftlichen Integrationssysteme nicht entsprechend den modellhaften Annahmen, die meisten Zuwanderer müssen die subjektiven Voraussetzungen gelingender Integration erst mühsam erwerben, und nicht alle Subjekte verhalten sich wie der simmelsche gelernte Großstädter. Dass Integration gelingt, hat eine Fülle kontrafaktischer struktureller und subjektiver Voraussetzungen.

Soziale Integration  
ist ein zweiseitiger  
Prozess

Soziale Integration ist ein zweiseitiger Prozess, der der aufnehmenden Gesellschaft und den Zugewanderten viel abverlangt. Am Anfang steht die strukturelle Möglichkeit der Integration. Die Gesellschaft muss Chancen politischer und ökonomischer Teilnahme eröffnen, ehe sie ihrerseits Integrationsanstrengungen seitens der Subjekte verlangen kann. „Der Schlüssel zu jeder nachhaltigen Sozialintegration, auch in Hinsicht auf Interaktion und Identifikation, ist die Platzierung der Akteure auf möglichst zentrale und daher für im Prinzip alle Akteure interessanten Positionen“ (Esser, 2001, 16). Ökonomische Integration ist dann gegeben, wenn es „keine systematischen Unterschiede“ (daselbst, 20) in der Verteilung der Angehörigen verschiedener Gruppen auf die verschiedenen Positionen gibt. Das setzt einen aufnahmefähigen und durchlässigen Arbeitsmarkt voraus ohne strukturelle Barrieren nach Geschlecht, Herkunft, Alter, Nationalität etc, alles Bedingungen, die in der BRD keineswegs gegeben sind. Da heute der Erfolg im Bildungssystem weitgehend über die Ar-

Arbeitsmarkt

beitsmarktkarriere entscheidet, ist ein nicht systematisch selektierendes Bildungssystem eine weitere, gegenwärtig nicht gewährleistete strukturelle Voraussetzung. Um am politischen System sich beteiligen zu können, muss man über die politischen Bürgerrechte verfügen, was auf die Mehrheit der Zuwanderer nicht zutrifft. Wenn die Gesellschaft den Zuwanderern keine attraktiven ökonomischen und politischen Beteiligungsmöglichkeiten bietet und ihnen obendrein mit vorurteilsgeladener Abwehr begegnet, ist kaum zu erwarten, dass sie ihrerseits die Mühen der Integration auf sich nehmen.

Bildungssystem

politische  
Bürgerrechte

Anstrengungen auf Seiten der Subjektive sind aber ebenso unabdingbar für gelingende Integration. Um eine attraktive Position auf dem Arbeitsmarkt besetzen zu können, sind nicht nur Sprachbeherrschung sondern auch die Einübung bestimmter Verhaltensweisen und Kulturtechniken notwendige Voraussetzungen. Wer glaubt, mit seinen Fäusten den Kampf um Beförderung ausfechten zu müssen, wird nicht weit kommen, eben so gering dürften die Aussichten sein, mit Burka bei einer Bank Karriere zu machen. Selbstbeherrschung, die Anerkennung auch weiblicher Autoritätspersonen, Arbeitsdisziplin etc. sind ebenso unumgänglich wie hohe Investitionen in Bildung und Ausbildung, der eigenen wie in die der eigenen Kinder. Ähnliches gilt im politischen System. Die Teilnahme an politischen Prozessen setzt seitens der Subjekte die Verinnerlichung der demokratischen Spielregeln voraus. Dazu zählen nicht nur die Verfassung sondern auch die Prinzipien der Trennung von Religion, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Die funktionale Differenzierung der gesellschaftlichen Teilsysteme mag wie die Arbeitsteilung eng mit dem spezifischen Entwicklungspfad westlicher Kulturen verknüpft sein, aber sie ist mehr als „Kultur“, sie ist Ergebnis eines Modernisierungsprozesses, der nur unter Verzicht umkehrbar wäre. Zu diesen Verzichten würden der materielle Wohlstand, die Rechtssicherheit, politische Freiheit und die schillernden Chancen der Individualisierung gehören, Errungenschaften, um derentwillen die Flüchtlinge und die Masse der Zuwanderer überhaupt die Mühen der Migration auf sich genommen haben. Wenn Integration im Sinne einer Chancengleichheit von einheimischer und zugewanderter Bevölkerung erreicht werden soll, dann gibt es eine Normativität des Faktischen, die subjektive Anpassungsleistungen erzwingt bei Strafe dauerhafter Ausgrenzung. Und diese Anpassungsleistungen reichen von der Verinnerlichung der protestantischen Ethik bis zur Einhaltung der Straßenverkehrsordnung. Insofern gibt es durchaus eine „Leitkultur“.

Sprachbeherrschung  
Kulturtechniken

Arbeitsdisziplin  
Bildung und  
Ausbildung

Verinnerlichung der  
demokratischen  
Spielregeln

Leitkultur  
Identität

Eine alte Identität kann in dem Maße aufgegeben werden, wie man eine neue gewinnt. Deshalb muss jede Einwanderungsgesellschaft glaubhaft machen können, dass sich Anpassung lohnt. Aber auch unter idealen Bedingungen offener Märkte und zuerkannter Staatsbürgerrechte verlangt solche Anpassung von den Individuen sehr viel. Sie brauchen dafür Zeit und auch geschützte Räume des Übergangs in den Städten. Für solche Räume des Übergangs spricht noch ein weiteres Argument: Eben so wenig wie Markt, Recht und Demokratie in der Wirklichkeit ihren theoretischen Modellen fehlerfrei entsprechen, haben alle Städte die Tugenden des gelernten Großstädtlers verinnerlicht. Nicht jeder besitzt die Fähigkeit, sich mit urbaner Indifferenz die Unannehmlichkeiten des dichten Zusammenlebens mit Fremden vom Leib zu halten. Diese Tugenden setzen nämlich eine psychische und soziale Souveränität voraus, über die kei-

Räume des  
Übergangs

Wohnviertel der  
deutschen Verlierer  
des Strukturwandels

neswegs alle Stadtbewohner verfügen. Die Filtermechanismen auf den Wohnungsmärkten führen nun die Zuwanderer in die Wohnviertel der deutschen Verlierer des Strukturwandels, wo sie wenig Chancen haben, auf den simmel'schen Großstadtcharacter treffen. Verlierer sind selten in der Lage, in neugieriger Toleranz auf Fremde zuzugehen, im Gegenteil, sie benötigen Sündenböcke, und Fremde sind für diese Rolle immer schon prädestiniert gewesen. Wenn solche erzwungene Nachbarschaft dann noch in einer Umgebung zustande kommt, die alle äußeren Zeichen der Vernachlässigung trägt und so ihren Bewohnern tagtäglich ihre Randständigkeit vor Augen führt, dann ist es kein Wunder, dass statt produktiver Auseinandersetzung aggressive Abgrenzung stattfindet.

Stadtstruktur

Normalerweise sucht man solchen Konflikten im buchstäblichen Sinne aus dem Weg zu gehen, indem man dorthin umzieht, wo die Nachbarn besser zu einem passen: das Phänomen der freiwilligen Segregation. Diese Form der Segregation ist der zweite Mechanismus, durch den Städte Fremdheit dethematisieren. Hier ist es nicht Sache des einzelnen Individuums, sondern eine Leistung der Stadtstruktur, die potentiellen Konflikte zwischen Fremden einzuhegen.

## II Was heißt Segregation?

In keiner Stadt der  
Welt wohnt die  
Bevölkerung  
gleichmäßig verteilt

Mit Segregation wird das Phänomen bezeichnet, daß sich die verschiedenen Bevölkerungsgruppen in einer Stadt nicht gleichmäßig über das Stadtgebiet verteilen. Sie wohnen vielmehr konzentriert in verschiedenen Gebieten der Stadt: Die Armen leben woanders als die Wohlhabenden, die Zuwanderer woanders als die Einheimischen, die Singels woanders als die Familien mit kleinen Kindern, die Grünalternativen haben ihre bevorzugten Quartiere, das konservative Bürgertum wieder andere. Dieses Phänomen der „residentiellen Segregation“ ist ein universelles Phänomen. In keiner Stadt der Welt wohnt die Bevölkerung gleichmäßig verteilt über das ganze Stadtgebiet. Aber dieses alte und universelle Phänomen wird sehr einseitig wahrgenommen: Segregation wird stets diskutiert mit dem Blick nach unten: auf die Viertel der Armen oder die Türken in Neukölln. Die manchmal weit homogeneren Wohnviertel der Oberschicht wecken keine Besorgnis, auch nicht die japanische Kolonie in Düsseldorf. Wenn es in Zürich eine Parallelgesellschaft gibt, dann ist es die der englisch sprachigen Manager der Finanzwelt. Trotzdem sind ihnen noch keine Integrationskurse verordnet worden. Das hat gute Gründe: die Segregation der einen ist freiwillig, die der anderen häufig erzwungen durch den Wohnungsmarkt und Diskriminierung. Segregation ist eben nicht gleich Segregation. Entscheidend für ihre Folgewirkungen und damit auch für ihre politische Beurteilung ist die Art und Weise ihres Zustandekommens. Das aber wird in der gesellschaftspolitischen Diskussion fast immer vergessen.

Schon Friedrich Engels hat ausführlich über Segregation in seiner „Lage der Arbeitenden Klassen in England“ geschrieben. Er las die sozial-räumliche Struktur der Stadt Manchester als Landkarte der Klassengesellschaft. Seitdem

interessiert sich die Soziologie für das Phänomen der residentiellen Segregation, also die Sortierung verschiedener sozialer Gruppen in unterschiedliche Teilräume einer Stadt, vorwiegend als Ausdruck und Faktor sozialer Ungleichheit: Die Haushalte mit geringem ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital werden in die weniger attraktiven Stadträume abgedrängt. Das geschieht vorwiegend über die Mechanismen des Wohnungsmarkts, der den Armen ärmliche und den Wohlhabenden luxuriöse Wohnungen und Wohnquartiere zuweist, es kann aber auch durch diskriminierende Praktiken der Wohnungsvergabe seitens privater Eigentümer, Wohnungsgesellschaften und Wohnungsämter verursacht sein. Oder aber es entstehen durch den Fortzug der Besergestellten Quartiere, in denen die Benachteiligten zurückbleiben. In solchen Vierteln sind die Wohnungen in der Regel schlechter, die Umwelt häufig belastet, die Angebote an Gütern und Dienstleistungen lückenhaft, es fehlt an weiterführenden Schulen, manche Schulen dort haben ein schlechtes Image, es gibt wenig geeignete Arbeitsplätze, und die sozialen Kontakte, die sich in solchen Quartieren ergeben, reichen nur selten über das eigene Milieu hinaus hin zu besseren Arbeits- und Aufstiegsmöglichkeiten.

residentielle  
Segregation

Aber die Konzentration verschiedener sozialer Gruppen in unterschiedlichen Territorien der Stadt folgt nicht nur der Logik sozialer Schichtung sondern auch den Differenzen von Milieus, Lebensstilen (Vester u.a. 2001) und Lebenszyklen, vermittelt etwa über die höhere Relevanz räumlicher Nähe für Familien mit kleinen Kindern und alte Menschen. Segregation ist ein zutiefst ambivalentes Phänomen, sie kann funktional und erwünscht sein, sie kann erzwungen sein und ausgrenzend wirken (Häußermann/Siebel 2007). Die Tatsache, daß die Bevölkerung nicht sozial gemischt und räumlich gleichmäßig über das Stadtgebiet verteilt wohnt, kann ganz verschiedene Ursachen haben. Erst wenn man diese kennt, lässt sich Segregation angemessen beschreiben und politisch beurteilen. Dazu müssen mindestens folgende Differenzierungen über die Art und Weise des Zustandekommens von Segregation gemacht werden:

- Aktiv/Passiv: aktive Segregation durch Zuwanderung in erwünschte Gebiete und passive Segregation durch Zurückbleiben der nicht Mobilitätsfähigen in Gebieten, aus denen die Mobilitätsfähigen fortziehen;
- Freiwilligkeit/Zwang: durch Verdrängung, administrative Zuweisung oder Diskriminierung erzwungene Segregation und freiwillige Segregation: man sucht sich eine Nachbarschaft, die zu einem passt;
- Lebenszyklus: z.B. bei solchen Gruppen, die aufgrund ihrer Lebenssituation ein Interesse an engen nachbarlichen Beziehungen haben: alte Menschen, junge Familien mit kleinen Kindern, Alleinerziehende.

Besonders feinkörnige Formen der Segregation können sich bei aktiver, freiwilliger Segregation ergeben, und zwar bei solchen Gruppen, die aufgrund ihrer Lebenssituation ein Interesse an engen nachbarlichen Beziehungen haben und zugleich über die Mittel verfügen, solche Nachbarschaften aufzusuchen oder sogar ins Leben zu rufen. In den 80iger Jahre gab es eine Bewegung zu Wohnprojekten, häufig initiiert von jungen Müttern einer überwiegend akademischen Mittelschicht, die gemeinsam mit anderen Nachbarschaft regelrecht organisiert und gebaut haben, um durch gegenseitige Hilfe und bessere Wohn-

bedingungen Beruf und Familie leichter vereinbaren zu können. Diese Projekte wurden von sozial, demographisch und kulturell sehr homogenen Gruppen getragen, die so das Abenteuer des gemeinsamen Wohnens ohne allzu große Risiken eingehen konnten. Susanne Frank (2013) beschreibt, wie sich heute aus derselben Interessenlage vergleichbare Formen sehr subtiler Segregation auch in den Innenstädten herausbilden, die früher nur in Suburbia vermutet wurden.

### III Leerstellen der öffentlichen Diskussion

Weil nicht nach den konkreten Bedingungen differenziert wird, unter denen Segregation zustande kommt, gleicht die Diskussion um Pro und Contra Segregation in Deutschland einer Auseinandersetzung, bei der jede Partei der anderen die jeweils vergessenen Seiten eines vielschichtigen und ambivalenten Problems vorhält. Die Pattsituation wird deutlich an den widersprüchlichen Hypothesen über die Bedeutung von räumlicher Nähe für Integration. Gemäß der Kontakthypothese erleichtert räumliche Nähe Kontakte, Kontakte führen zu mehr Wissen übereinander, was dazu beiträgt, Vorurteile zu korrigieren und Toleranz zu fördern. Kurz: soziale Mischung im Stadtquartier fördert die Integration, Segregation behindert sie. Die Konflikthypothese behauptet mit ähnlicher Plausibilität das genaue Gegenteil: Enge Nachbarschaften von Menschen mit unterschiedlichen Lebensstilen, Zeitstrukturen, Sauberkeitsstandards, gegensätzlichen Auffassungen zur Rolle der Frau oder zur Kindererziehung schaffen eine Fülle von Reibungsflächen. Wer immer kann, wird dem aus dem Weg gehen, indem er die Nachbarschaft von Seinesgleichen sucht. Nach der Konflikthypothese schafft soziale Mischung im Stadtquartier Konflikte, die sich durch Segregation vermeiden ließen.

Kontakthypothese

Konflikthypothese

Die Kontroverse lässt sich auflösen. Der erste Denkfehler liegt darin, mit physischen Faktoren soziale Phänomene erklären zu wollen. Für bestimmte Kontakte, seien es Umarmungen oder Prügeleien, ist physische Nähe unabdingbare Voraussetzung. Aber die bloße Tatsache physischer Nähe erlaubt keinerlei Prognose über die Qualität der dadurch ermöglichten Kontakte. Das hängt allein von den sozialen Bedingungen ab, unter denen physische Nähe zustande kommt. Vereinfacht: wer sich liebt, der wird die Nähe für eine Umarmung nutzen, wer sich hasst für eine Prügelei.

Der zweite Denkfehler besteht in der mangelnden Differenzierung zwischen freiwilliger und erzwungener Segregation. Ein Hinweis auf Freiwilligkeit ist die hohe Segregation gerade von Gruppen mit vielen Optionen auf dem Wohnungsmarkt. Wem alle Möglichkeiten offen stehen, der findet die gewünschte Wohnung auch in der erwünschten Nachbarschaft, und man wünscht sich in der Regel Nachbarn von seinesgleichen, weil solche Nachbarschaft das Leben leichter macht. Indem die segregierte Stadt verschiedene Gruppen in verschiedene Wohngebiete sortiert, übersetzt sie soziale Distanz in räumliche Distanz und entschärft so die Konflikte zwischen ihnen.

Segregation ein  
Phänomen aller Ein-  
wanderungsstädte

Segregation hat aber und gerade für Zuwanderer auch direkte Vorteile. Deshalb ist Segregation ein Phänomen aller Einwanderungsstädte: little Italy, China Town, auch die Deutschen sind in New York zunächst nach little Ger-

many gezogen. Die räumlich getrennten kleinen Welten, in denen sich die verschiedenen Einwanderergruppen konzentrieren, bilden einen Puffer zwischen dem neu Zugewanderten und der Aufnahmegesellschaft, einen Brückenkopf vertrauter Heimat in der Fremde. Zuwanderer, die noch nicht vollständig in Markt und sozialstaatliche Netze integriert sind, sind besonders auf informelle Hilfsnetze angewiesen, und solche Netze bilden sich leichter unter Menschen mit ähnlichen Orientierungen und ähnlichen Problemen. Die neu Zugewanderten finden hier Menschen, die ihre Gewohnheiten teilen und dieselbe Sprache sprechen, sie erhalten Informationen über die fremde Umgebung, materielle Hilfen, Schutz vor Isolation und erste, oft informelle Arbeitsmöglichkeiten. Einwanderungsstädte brauchen Einwanderungsquartiere. Die Stadt als Mosaik verschiedener Lebenswelten bietet Räume des Übergangs, in denen der Schock der Migration gemildert wird.

Allerdings sind ethnische Kolonien immer auch in Gefahr, zu Fallen zu werden. Je größer die soziale Gruppe, je mehr sie aus den Systemen Bildung, Markt, Politik und aus den Konsumgütermärkten ausgegrenzt wird, je leichter der Zugang zu Massenmedien ihres Herkunftslandes, desto höher ist diese Gefahr. Wenn die räumliche Segregation einer ethnischen Gruppe sich mit Diskriminierung, Arbeitslosigkeit, Armut und politischer Rechtlosigkeit überlagert, dann ist es nicht verwunderlich, wenn die Betroffenen darauf mit Rückzug in eine eigene, enge und abgeschottete Welt reagieren, was wiederum ihre Chancen auf Erfolg in den Systemen der Aufnahmegesellschaft behindert. Am Ende eines solchen Prozesses negativer Wechselwirkungen stünde dauerhafte Ausgrenzung.

Rückzug

Ausgrenzung

Doch bislang ist die Rede von Ghettos oder Parallelgesellschaften in Deutschland eine empirisch unbegründete und obendrein gefährliche Dramatisierung: Unbegründet, denn in der international vergleichenden Forschung wird von einem ethnisch geprägten Viertel erst dann gesprochen, wenn der Anteil einer Ethnie an der Bevölkerung mindestens 40% beträgt. Das ist in keiner deutschen Stadt der Fall. Normalität sind in Deutschland ethnisch gemischte Viertel mit einer deutschen Mehrheit. Die Rede von Ghettos kann obendrein eben das befördern, vor dem sie warnen will, denn solche Etiketten bleiben nicht folgenlos. Sie können Teufelskreiseffekte auslösen: Die deutsche Mittelschicht und die erfolgreichen Migranten ziehen aus derart stigmatisierten Vierteln fort. In der Folge sinkt die Kaufkraft, das Güter- und Dienstleistungsangebot wird eingeschränkt, die Banken werden zurückhaltend bei der Kreditvergabe, die Eigentümer unterlassen Modernisierung und Instandhaltung, das Gebiet verkommt auch äußerlich. Wenn dann noch in den Schulen der Anteil von Kindern aus bildungsfernen Familien steigt, so veranlasst das weitere Haushalte, die sich Mobilität leisten können, fortzuziehen. Am Ende stehen erzwungene Nachbarschaften der deutschen Verlierer mit den nicht integrierten Zuwanderern, eine höchst konfliktrichtige Mischung.

die Rede von Ghettos

Bisher war allein von residentieller Segregation die Rede, also der räumlich ungleichen Verteilung der Wohnstandorte sozialer Gruppen in der Stadt. Aber diese Definition verengt die Perspektive (das Folgende nach Kronauer et al 2013). Denn wenn die Stadtsoziologie untersucht, welche Gruppen welche städtischen Räume gemeinsam bewohnen und welche anderen Gruppen fern-

gehalten werden, so wird unterstellt, räumliche Trennungen der Wohnorte seien auch soziale Trennungen von Lebenssphären. Umgekehrt würde die gemeinsame Nutzung eines Raums als Wohnort seitens verschiedener sozialer Gruppen die Kontakte zwischen diesen Gruppen fördern.

Gleichsetzung von  
räumlicher mit  
sozialer Nähe  
fragwürdig

Angesichts der heutigen Mobilitätschancen ist die Gleichsetzung von räumlicher mit sozialer Nähe noch fragwürdiger als früher. Die Stadtsoziologie verfehlt dadurch womöglich die effektivste und zugleich die unsichtbarste und am wenigsten politisch steuerbare Form der Abschottung sozialer Gruppen gegeneinander, nämlich die Separierung von Lebenssphären in der zeitlichen Dimension und organisiert über Mobilität. Man wohnt zwar in einem sozial gemischten Gebiet, aber zur Arbeit fährt man in einen der Bankentürme des Central Business District, die Kinder werden täglich mit dem Auto in die nächste internationale Schule transportiert, Einkäufe erledigt man in einem peripheren Einkaufszentrum, zum Genuss-Shoppen sucht man die 1A-Lagen der Innenstadt auf, seine Freizeit verbringt man vor dem Fernseher oder im Ferienhaus, und wenn man seine Freunde in der ganzen Region sucht, findet man leichter solche, die auch wirklich zu einem passen.

#### IV Aufgaben der Stadtpolitik

Die Stadt- und Wohnungspolitik in der Bundesrepublik hat immer versucht, Segregation zu vermeiden. Dafür gab es gute Gründe, solange es sich allein um eine durch Diskriminierung und mangelnde Kaufkraft auf den Wohnungsmärkten erzwungene Segregation handelte. Angesichts der Zuwanderung nach Deutschland und angesichts des Phänomens freiwilliger Segregation aber ist die Sache komplizierter. Was kann Stadtpolitik tun?

##### *Prävention:*

Die erste Aufgabe einer erfolgsversprechenden städtischen Integrationspolitik wäre, die negativen Karrieren von Stadtquartieren und ihren Bewohnern zu verhindern. Dazu muß sie präventiv tätig werden. Wenn die beschriebenen Teufelskreiseffekte einmal in Gang gekommen sind, ist mehr als Schadensbegrenzung nicht mehr möglich.

##### *Monitoring:*

Dazu ist ein Beobachtungssystem der Stadtentwicklung nötig, das bereits darüber informiert, wenn ein Stadtteil beginnt, zu einer schlechten Adresse zu werden, wenn Eltern Sorgen um die Bildungschancen ihrer Kinder an der örtlichen Schule entwickeln, wenn Bewohner einen Fortzug erwägen, und wenn sich Potentiale für Konflikt abzeichnen.

##### *Moderation:*

Solche Verfahren können verhindern, dass Konflikte auf die Ebenen von Polizei, Justiz, Kündigungen und Gewalt eskalieren.

*Vorsichtige städtebauliche Aufwertungen,*

durch welche bessere Wohnangebote im Quartier geschaffen werden, können dazu beitragen, dass z.B. integrationserfolgreiche Migrantenhaushalte nicht gezwungen sind, das Quartier zu verlassen, um ihre Wohnsituation zu verbessern.

*Schulen:*

Vor allem müssen gerade in diesen Quartieren die besten stehen, die über Wissensvermittlung hinaus Defizite der familialen Erziehung auffangen und als Bürgerzentren dienen können.

*Differenzierter Umgang mit Segregation:*

Mit Ausnahme des Erwerbs der deutschen Sprache sind die mit der räumlichen Konzentration von Zuwanderern immer wieder assoziierten negativen Effekte auf die Integration und die Integrationsbereitschaft in den bisher dazu vorliegenden Studien nicht bestätigt worden (zuf.: Häußermann/Kaplan 2008, 37). Wenn negative Entwicklungen in Gebieten hoher Konzentration von Ausländern festgestellt worden sind, dann sind sie in allererster Linie Effekte der sozialen Lage. Allerdings ist die Differenzierung zwischen freiwilliger und erzwungener Segregation nur analytisch leicht. In der Praxis überlagern sich Elemente freiwilliger und erzwungener Segregation. Das aber rechtfertigt keineswegs, nun durch Stadt- und Wohnungspolitik jede Form der Segregation zu verhindern. Erzwungene Desegregation ist ebenso wenig integrationsfördernd wie erzwungene Segregation, da sie den Aufbau der informellen Netze behindert, auf die gerade neu Zugewanderte besonders angewiesen sind. Zuwanderung verlangt daher von der Stadtpolitik eine Wanderung auf schmalen Grat: freiwillige Segregation muss ermöglicht werden, z.B. indem man mittels Wohngeld, sozial gebundenen Wohnungen in allen Quartieren einer Stadt und durch Sicherung erschwinglichen Wohnraums die Optionen von Zuwanderern auf dem Wohnungsmarkt erweitert. Erzwungene Segregation muss verhindert werden, z.B. durch Antidiskriminierungsmaßnahmen. Einwandererquartiere müssen als Dauerinstitution der Stadt anerkannt werden und zugleich muss alles daran gesetzt werden, dass sie nicht zu Fallen werden, aus denen die Zuwanderer keinen Weg mehr in die Aufnahmegesellschaft finden.

Effekte der sozialen Lage

Integrationspolitik muss ferner den enormen Unterschieden innerhalb der Zuwanderer nach sozialer Schicht, Bildungsstand, kulturellem Hintergrund, Rechtsstatus, Aufenthaltsdauer usw. Rechnung tragen. Besonders bedeutsam für Integrationspolitik sind die unterschiedlichen Wanderungsperspektiven, die mit den verschiedenen Typen von Migration verknüpft sind. Wenn von Zuwanderung die Rede ist, denkt man in der Regel an den klassischen Migranten, der gekommen ist, um zu bleiben (Simmel). Daneben gibt es aber noch zwei weitere Migrationstypen: die Transnationalen, die dauerhaft sowohl hier als auch in ihrem Herkunftsland leben wollen: z.B. viele Polen und Russen in Berlin, man könnte dabei aber auch an deutsche Rentner denken, die sich während der Sommermonate in eines der Mittelmeerländer oder an den Alpennordrand zurückziehen. Drittens gibt es die große Gruppe derer, die sich hier nur vorübergehend aufhalten: die Transitorischen. Zwischen 1974 und 1999 sind 15 Mio in

Unterschiede innerhalb der Zuwanderer

Klassische Migranten  
Transnationale

Transitorische

die BRD zugezogen und 12,3 Mio wieder fortgezogen. Sie bleiben im Durchschnitt 4 Jahre.

Transnationale, Transitorische und Migranten, sie alle wohnen in unseren Städten, aber sie haben sehr unterschiedliche Einstellungen zur Integration. Integrationspolitik muss diese Unterschiede berücksichtigen, will sie erfolgreich sein. Die deutsche Diskussion dreht sich fast ausschließlich um den Typus des klassischen Migranten, der hier ein neues, dauerhaftes Zuhause finden möchte. Für sie sucht Integrationspolitik gangbare Wege in diese Gesellschaft zu eröffnen. Aber gegenüber den Transitorischen haben die Städte nicht die Funktion der Schleuse in eine andere Gesellschaft sondern eher die eines Hotels, in dem man für eine gewisse Zeit bequem unterkommen und ansonsten unbehelligt bleiben möchte. Städte müssen auch für diese Hotelfunktionen Sorge tragen und entsprechende Strukturen vorhalten, wie es die Bildungs-, Arbeits- und Wohnungsmärkte für die hochqualifizierten international beweglichen Eliten längst getan haben.

*Geduld, Konflikttoleranz und Einsicht ins Unvermeidliche:*

Funktionierende Märkte, Rechtsstaatlichkeit, Staatsbürgerrechte für alle Bewohner, urbane Indifferenz, die Stadt als freiwillig zustande gekommenes Mosaik verschiedener Lebenswelten, ein nicht selektives Bildungssystem und eine Politik, die das alles vorsichtig und mit der nötigen Differenzierung fördert, das wären ideale gesellschaftliche Voraussetzungen gelingender Integration. Aber auch unter solchen idealen Bedingungen wäre Integration immer noch ein langer Prozess, in dem den Einheimischen wie den Zugewanderten außeralltägliche Leistungen abverlangt werden. Wer seine Heimat verlässt hinterlässt mehr als nur eine vertraute Umgebung, er muss wie Alfred Schütz das genannt hat, „seine Gräber entheiligen“. Und Robert Park, der Begründer der amerikanischen Soziologie, hat darauf hingewiesen, dass die Konflikte zwischen den Kulturen in den Köpfen der Wandernden stattfinden. Für traditionell orientierte Muslime muss die Konfrontation mit den Auslagen deutscher Zeitungskioske eine Provokation sein, wie umgekehrt der tägliche Anblick verhüllter Frauen in einer Gesellschaft provozieren muss, die sich daran gewöhnt hat, in der Enthüllung der Frau einen Schritt der Emanzipation zu sehen, eine Provokation, die vielleicht umso schärfer empfunden wird, je näher die Zeit noch ist, in der die Situation der Frau im christlichen Europa nicht so himmelweit entfernt war von der in islamischen Gesellschaften.

Über alle objektiven und subjektiven Voraussetzungen gelingender Integration hinaus braucht Integration Zeit, mindestens die Zeit dreier Generationen, und sie beginnt mit jedem Zuwanderer aufs Neue, sie braucht geschützte Räume des Übergangs und sie braucht die Fähigkeit, mit den objektiven und subjektiven Schwierigkeiten und Konflikten der Migration halbwegs zivil umzugehen. Die Einsicht in die unvermeidlichen Ärgernisse der Integration zu fördern und mit der Einsicht auch die Fähigkeit, sie zu ertragen, wäre vielleicht die wichtigste Leistung einer Politik gelingender Integration.

## Literatur

- Esser, Hartmut (2001): Integration und ethnische Schichtung. Gutachten im Auftrag der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“, o.O., 07.08.2001 [www.bmi.bund.de/Downloads/Esser.pdf](http://www.bmi.bund.de/Downloads/Esser.pdf).
- Frank, Susanne (2013): Innere Suburbanisierung? Mittelschichteltern in den neuen innerstädtischen Familienklaven. In: Kronauer, Martin; Siebel, Walter (Hg.): *Polarisierte Städte – Soziale Ungleichheit als Herausforderung für die Stadtpolitik*. Frankfurt/M: Campus.
- Häußermann, Hartmut, Kapphan, Andreas (2008): Integrationspolitik der Städte – ein Paradigmenwechsel. In: Bommers, Michael, Krüger-Potratz, Marianne (Hg.): *Migrationsreport 2008*. Frankfurt/New York, S. 15-47.
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (2007): Integration trotz Segregation. Zum Stand der wissenschaftlichen Debatte. In: Schader Stiftung (Hg.): *Handlungsfeld sozialräumliche Integrationspolitik*. Darmstadt, S. 92-119.
- Kronauer, Martin; Siebel, Walter; Walther Uwe-Jens (2013): Wie könnte es weitergehen? Perspektiven der Stadtsoziologie. In: Kronauer, Martin; Siebel, Walter (Hg.): *Polarisierte Städte – Soziale Ungleichheit als Herausforderung für die Stadtpolitik*. Frankfurt/M: Campus.
- Simmel, Georg (1957): Die Groß-Städte und das Geistesleben. In: Ders.: *Das Individuum und die Freiheit*. Frankfurt/M.
- Söhn, Janina, Schönwälder, Karen (2007): Siedlungsstrukturen von Migranten und Migrantinnen in Deutschland. In: Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“ (Hg.): *Handlungsfeld: Stadträumliche Integrationspolitik. Ergebnisse der Projekts „Zuwanderer in der Stadt“*. Darmstadt 2007: Schader Stiftung u.a., S. 73-91
- Vester, Michael/von Oertzen, Peter/Geiling, Heiko/Hermann, Thomas/Müller, Dagmar (2001), *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung*, Frankfurt/M.

## Anmerkung

In diesem Text sind Argumentationen zusammengeführt, die ich bereits an verschiedenen Stellen publiziert habe:

- Walter Siebel (2010): Voraussetzungen gelingender Integration und die Aufgaben der Integrationspolitik. In: Schader Stiftung (Hg.): *In diesem Geschäft gibt es keine Mathematik*. Darmstadt, S. 212-226.
- Walter Siebel: Es gibt keine Ghettos. In: DIE ZEIT Nr. 18, 25.04.2013
- Walter Siebel zus. mit Martin Kronauer und Uwe-Jens Walther (2013): Wie könnte es weitergehen? Perspektiven der Stadtsoziologie. In: Kronauer, Martin; Siebel, Walter (Hg.): *Polarisierte Städte – Soziale Ungleichheit als Herausforderung für die Stadtpolitik*. Frankfurt/M: Campus.